

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 51

Charlottenburg, Freitag, den 21. Dezember 1917

Jahrg. 44

Heiland.

Armen Hirten wurde einst die Kunde
Von dem Heiland, der geboren sei der Welt,
In der stillen Nacht, der heiligen Weihstunde,
Strahlt der Hoffnung Stern vom Himmelszelt.

Jahre sind seitdem gekommen und gegangen,
Sind entschwunden in der ewigen Zeiten Schoß;
Und an jedem Weihnachtsabend Glocken klangen,
Sangen von der Liebe, die unendlich groß.

Sprachen von Erlösung und von Frieden,
Von dem Reich der Gottesherrlichkeit,
Kündeten, das allen Menschen sei beschieden
Eine neue, eine bessere Zeit . . .

Doch der Gläubige harret bisher vergebens
Auf Erfüllung jener holden Wundermär;
In dem harten Kampfe dieses Lebens
Blieb der Armut Christbaum öd' und leer . . .

Neuer Saat bedurft es, eines Reises,
Dessen Wachstum schon die ganze Welt umspannt
Und im Raume unseres Erdenkreises
Seine Zweige breitet über jedes Land.

Droht der Weltensturm auch zu vernichten
Jäh der Zukunft junge, hoffnungsreiche Saat;
Streben muß sie auf zur Höh, zur lichten,
Wo der Menschheit Freiheit, Rettung naht.

Wo zur Tat wird, was man einst verkündet,
Jenen armen Hirten in der Weihenacht;
Wo für alle, alle wird entzündet
Dann des Christbaums Herrlichkeit und Pracht.

Dann in Wahrheit Glocken werden klingen
Weit ins Land, hinauf zum Himmelszelt;
Werden von Erlösung und von Frieden singen,
Von dem Heiland, der gekommen in die Welt!

Emil Streckhardt.

Zur vierten Kriegsweihnacht.

P. In Bethlehem, über der Stelle, wo nach dem Neuen Testament der Menschheit vor bald zweitausend Jahren der Erlöser geboren wurde, erhebt sich ein festungsartiges Klostergebäude, das in drei Abteilungen gegliedert ist. In einer dieser Abteilungen haben die Armenier, Lateiner und Griechen inne, die neben einigen christlichen Protestanten und mohammedanischen Arabern den größten Teil der Einwohnerschaft des Ortes stellen. Mit dem Kloster ist eine große, altehrwürdige Kirche verbunden, die in Form eines Kreuzes angelegt ist und ebenfalls in gesonderte Abteilungen für die genannten Christenarten zerfällt. Und sowohl die Armenier wie die Griechen und Lateiner besitzen einen eigenen Gang zu der Heiligen Grotte, die sich unter dem Hochaltar befindet und ständig durch 32 Lampen erleuchtet wird. Aus dem braunen Marmor, der die Grotte bekleidet, glänzt ein eingelassener silberner Stern. Hier soll, der Sage nach, die Krippe mit dem Jesuskindlein gestanden haben.

Seine Anhänger wohnen also in einem Hause, aber sie huldigen ihm in verschiedenen Räumen und wandern auf verschiedenen Wegen zu der Quelle des Heils. Sie haben das gleiche Ziel, doch nicht den gleichen Pfad, und wenn sie einig sind in dem Willen zur Eroberung der Seligkeit, so gehen ihre Meinungen doch über die beste Art, sie zu erlangen, auseinander.

So findet sich die Menschheit allegorisch in einem klaren Bilde an der Geburtsstätte des Christentums wieder: Wir wollen im Grunde alle das gleiche, aber wir wandeln auf vielen verschiedenen Wegen zu unserem Ziele, das Erlösung heißt.

Bethlehem ist heute Kriegsgebiet. Nicht zum ersten Male. Um die Wende des 11. Jahrhunderts stritten hier die Sarazenen, und auch im 13. und 15. Jahrhundert tobten hier Kämpfe, die Teile des Ortes zerstörten. Aber zum ersten Male werden die Donnergrüße modernen Geschützkampfes ihr Echo in der Heiligen Grotte gefunden und den Ungläubigen und Gläubigen des Ortes aus dem Munde gepredigt haben, der heute allein als zeitgemäßer Verkündiger christlicher Liebe und Duldung das Heil der Völker garantiert.

Wenn auch nicht im religionstechnischen Sinne, so doch in dem der Ethik, der höheren menschlichen Sittlichkeit. Denn wir hören ja immer wieder, daß dieser Krieg im Namen der Freiheit und des Rechtes der Völker geführt werde, daß man die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die erhabenen Gedanken edelster Menschlichkeit für alle Zeiten sichern müsse, und daß die Blut- und Güterverschwendung nur darum noch kein Ende nehme, weil sich einzelne Nationen hartnäckig gegen ihre Erlösung sträuben.

Wieviel Opfer für diese merkwürdige „Erlösung“ schon dahingesunken sind — wer will es heute sagen? Aber wenn es wahr ist, was kürzlich berichtet wurde: daß Rußland allein fünf Millionen Tote zu beklagen hat, dann türmt sich vor unserer inneren Anschauung ein Schädelsberg von so gigantischer Höhe, daß jedes Begriffsvermögen trauernd versagt. Und gleich hoch reckt sich die schauerliche Frage empor: Welches menschliche Wesen wäre mit gutem Gewissen imstande, diesen Berg der Opfer zu rechtfertigen? Welcher Zweck, welches Ziel wären groß genug, um all das Elend und Leid, all die Qual und Pein, davon die Menschheit nun seit mehr als drei Jahren heimgesucht wird, zu entschuldigen? Es gibt keine

Antwort darauf, da selbst der denkbar größte Erfolg der ungeheuren Opferzahl und grenzenlosen Zerstörung nicht die Wage halten kann. Leitet einen Strom auf dürrer Ader. Was nützt er dem Lande, wenn er es mit sich fortreißt?

Man will uns die Freiheit, das Recht, die Demokratie von außenher bringen. Selbst das ferne Amerika ist heiß um unsere Erlösung besorgt und hat sich entschlossen, die höhere Sittlichkeit seiner Yankee und Dollarjäger nach Europa zu verpflanzen. Seit Monaten bombardiert man uns mit edelmenschlichen Redensarten und daneben freilich mit den Stahlgeschossen aus dem famosen Bethlehem in Pennsylvanien.

Wir sehen also hier eine Methode in internationalem Gebrauch, die sonst im inneren Leben der Nationen eine bedeutende Rolle spielte: die Methode, ein unheilvolles Tun und Wollen mit menschenfreundlichen Phrasen zu verschleiern. Dieser Krieg ist eben ein modernes Unternehmen: er bedient sich der neuesten Technik, scheut aber daneben die Reklame nicht. Und keine Lüge, keine Heuchelei und Verleumdung ist zu handgreiflich, daß sie nicht den zu befreienden Völkern in Gesellschaft von Handgranaten an den Kopf geworfen würde.

Aber vielleicht dienen alle jene Phrasen weniger der Aufgabe, die fremden Völker als vielmehr die eigenen zu gewinnen. Man läßt die Fahnen höherer Ethik flattern, um die Gefolgschaft beisammen zu halten und sie für die unausgesprochenen Zwecke in Tod und Verderben zu führen.

Freiheit, Recht, Demokratie — die ganze Erlösung der Völker liegt überall, auch wo jene Dinge anerkannt sind, noch in den ersten Windeln. Wäre es anders, dieser Krieg wäre nie begonnen worden oder hätte doch längst sein Ende gefunden. Denn es ist doch keine Frage, daß die große Mehrheit aller Völker den Schluß des Mordens und der Zerstörung mit allen Fasern herbeisehnt, daß aber dieser Wille bisher den Gang der Dinge nicht bestimmen konnte. Wo also ist die Freiheit und das Recht dieser Mehrheiten, wo die Demokratie, die Herrschaft des Volkes?

Sie existieren nicht oder nur dem Namen nach.

Sie wirklich lebendig und wirkungsvoll zu machen, wird die große Aufgabe jener Zukunft sein, die sich einst über den Trümmer- und Opferstätten dieses Krieges erheben muß.

Wer anders könnte sie lösen als die Arbeit, die große Masse aller Völker, ohne die der Aufbau des Vernichteten nicht denkbar ist? Wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte wirtschaftlich an das Licht rang und die soziale und politische Bedeutung der Arbeiterklasse lawinenartig answoll, wie sie jetzt im Kriege zu einer früher nie gekannten Beachtung gelangte, so wird erst recht die Zukunft sie als den wichtigsten, weil unentbehrlichsten Teil der Gesellschaft würdigen und ihr wohl oder übel einen breiten Platz an den Tischen der Nationen einräumen müssen. Ihr wirtschaftliches Wachstum aber, das als ein naturgemäßer Vorgang vorausgesehen ist, muß auch ihren politischen und sozialen Einfluß stärken und allmählich jene Ideen im staatlichen Leben zur Geltung bringen, die sich in der Arbeiterbewegung verkörpern.

Dann aber wird sich zeigen, daß diese Bewegung mehr ist als nur eine begrenzte Klassenbewegung. Mag sie für viele nur höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, erhöhtes politisches Recht usw. bedeuten — in Wahrheit enthält sie viel mehr und Größeres: die Keime zu einer neuen Kultur der Menschheit. Nicht um lustige Ideale, die andere ablösen und fruchtlos wie diese verwelken müssen, handelt es sich, nicht um Schlagworte und Phrasen, die tönend im rauhen Winde der Wirklichkeit verwehen, sondern um die einfache Erkenntnis: daß man den Bau eines Hauses nicht beim Dach, sondern beim Fundamente beginnen soll, — daß die höheren geistigen und sittlichen Interessen der Menschheit in den wirtschaftlichen Verhältnissen verankert sein müssen, sollen sie von fruchtbarer und weittragender Wirkung sein. Ideale von zukunftswirklicher Bedeutung wurzeln im realen Boden. Sie werden nicht von einem Hirn erdacht, sondern von zwingenden Umständen geboren.

Eins dieser Ideale heißt: *Wahrheit*.

Muß es begründet werden, daß alle Umstände ihn gebieterisch fordern? Daß er eine Lebensnotwendigkeit allen Völkern ist, die kulturell aufwärts streben? Die Gegenwart antwortet wohl deutlich genug. Aber er wird nicht eher ganz gesichert sein, ehe nicht auch das staatliche Leben der Nationen von den Interessen der großen Volksmasse bestimmt und geleitet wird. Alle modernen Kriege sind mehr oder minder Konkurrenz- und Kämpfe des Kapitals oder entspringen letzten Endes aus irgendwelchen kapitalistischen Rivalitäten. Erst wenn es der Arbeiterbewegung gelingt, in ihrem Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft und der Staatseinrichtungen so fortzuschreiten,

daß diese Ursachen hinfällig oder doch gemeistert werden, verschwindet der wesentlichste Beweggrund zum Kriege.

Allerdings: „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“.

Nur eine internationale Entwicklung, die sich in den angedeuteten Bahnen bewegt, kann den Frieden verbürgen. Aber sollen wir daran zweifeln, daß der Wille hierzu nach den eindringlichen Lehren dieser grauenhaften Zeit in den Arbeiterklassen aller Länder lebendig und tateifrig sich an Werk mache? Sollen wir glauben, daß man sich da oder dort wieder an schönen Reden genügen lasse und im stillen den alten Strumpf nationaler Vorurteile weiterstricke?

Das wird, so hoffen wir, überall vom drängenden Zwange der Entwicklung und von der klar zutage liegenden Erkenntnis verhindert werden.

Die Völker wollen, wir sagten es schon, im Grunde all das gleiche: wollen mitbestimmen im Staate, wollen wirtschaftliche und politische Rechte, wollen in jedem Betracht das Wohl des Volkes als oberstes Gesetz anerkannt wissen. Reim menschlich ausgedrückt: alle wollen die ohnehin kurze Spannweite des Lebens möglichst sorgenfrei und als mündige, freie Weiber verbringen.

Erlösung! Es ist der Ruf aller Völker.

Der Sinn dieses Wortes wird nicht mehr erschöpft von der Heilsbotschaft, die einst in Bethlehem aufstammte.

Aber sie alle streben, wenn auch vielleicht auf verschiedenen Wegen, zu jenem silbernen Stern des Friedens, der das Haus unserer Zukunft erleuchtet und uns freudvollere Weihnachtsnächte verheißt, als wir sie heute leider zum vierten Male durchleben müssen.

Blüte der Industrie.

Erwiesen an der Porzellanindustrie.

Die „Fränkische Tagespost“ Nr. 287 vom 6. Dezember schreibt:

Der Krieg ist wahrlich ein Krieg der Kapitalisten. Das sagt uns die Vorgeschichte des Krieges, das sagt uns das lebhafteste Interesse der großen Unternehmer an der Deutschen Vaterlandspartei und an den sonstigen alldeutschen Bestrebungen, die ebensowenig von einem raschen Friedensschluß wie von einer dauernden Verständigung der Völker wissen wollen. Der Kapitalismus mit seiner rücksichtslosen Raffgier erlebt während des Krieges eine ungeahnte Prosperität, ein Zeitalter hoher Gewinne und gründlicher Gesundung notleidender Unternehmungen. Mag der Krieg noch so viel zerstört haben an Gütern, die in Geld nicht ausdrückbar sind, er hat denen reichlich Geld gebracht, die auf nichts anderes sinnen. Reiche Erntejahre bedeutet der Krieg für das Großunternehmertum in Deutschland.

Je länger der Krieg dauert, desto günstiger werden die Abschlüsse der Aktiengesellschaften, die freilich in ihren Berichten weit mehr verhüllen, als sie zum Ausdruck bringen. Raffiniert verstehen sie sich über den Geist der deutschen Aktiengesetzgebung hinwegzusetzen, sie machen die geforderte offene Rechnungslegung zum Spott. Die Riesengewinne unserer Aktiengesellschaften werden möglichst verkleinert, alle Erfahrungen des feindlichen Auslandes werden dabei ausgenützt. Automobilfabriken und chemische Fabriken, auch andere Aktiengesellschaften haben nach amerikanischer Methode ihr Kapital verwässert. Nur die wenigen, die die Geschichte jeder einzelnen Aktiengesellschaft auf das genaueste kennen, vermögen einigermaßen das wirklich eingezahlte Aktienkapital von dem in der Rechnungslegung erscheinenden zu unterscheiden. Nur so vermag man die tatsächliche Rentabilität unserer Aktien-Industrieunternehmungen zu berechnen. Die Verhüllung der großen kapitalistischen Gewinne geschieht z. B. auch dadurch, daß die ganzen Fabrikgebäude, ja selbst der Grund und Boden, auf dem sie stehen, sämtliche Fabrikationseinrichtungen und Vorräte, Transportmittel und Außenstände, obgleich sie oft den Wert von vielen Millionen repräsentieren, auf eine Mark abgeschrieben werden. Dann werden geheime Rücklagen gemacht, mancherlei kunstvolle Wunderbewertung der Vermögenswerte ist ebenso wenig aufzudecken, wie Belastungen der Unternehmungen, die mit der geschäftlichen Wirksamkeit garnichts zu tun haben. Für private Liebhabereien, für moralische Verpflichtungen von Generaldirektoren, Aufsichtsratsvorständen und Großaktionären soll mancher große Betrag auch in der gar ernstesten Kriegszeit aus den Kassen mancher Aktiengesellschaften geflossen sein. Kaum wird es jemals möglich sein, die Geheimgeschichte der deutschen Aktiengesellschaften darzustellen, und damit

men wichtigen Beitrag zur deutschen Sittengeschichte beizubringen. Leichtert bringt man vielleicht noch in die Geheimnisse der Diplomatie einen Strahl des Lichtes, als in die oft gar verfinsterte Buchführung unserer Aktiengesellschaften.

So ist das, was unsere Aktiengesellschaften selbst das Publikum wissen lassen, nur das notdürftigste Zugeständnis an die Wahrheit. Es ist nur eine äußerliche Reverenz vor dem Gesetz, dem man Rechnung zu tragen scheinen muß. Man sucht sich durch diese Veröffentlichungen zu bewahren vor der in immer weiteren Kreisen notwendig erachteten Revision des deutschen Aktienrechtes. Vergeblich wurden klare Vorschriften über die Art der Rechnungslegung gefordert, um die Verschleierungskünste wirkungslos zu machen und um die Vergleichung mit den Geschäftsergebnissen früherer Jahre und mit anderen Unternehmungen gleicher Art zu ermöglichen. Die Aktiengesellschaften möchten an dem Rechtszustand, dessen sie sich jetzt erfreuen, an der mangelnden Kontrolle ihrer Geschäftsgebarung, an der nur dem Scheine genügenden Rechnungslegung und an der Geheimbündelei der Großaktionäre gar nichts geändert wissen. Die Aktiengesellschaften sind zufrieden, sie wünschen keinerlei Orientierung der sich mit ihnen befassenden Gesetzgebung.

Die für das deutsche Volk bitteren Kriegsjahre bilden eine Blütezeit der Aktiengesellschaften, nicht bloß für die Kriegsmaterialherstellung. Das lehrt am besten die Betrachtung der Porzellanindustrie. Wenn man die Herren Porzellanfabrikanten fragt, da fühlt man sich fast veranlaßt, mit dem Sammelsteller für sie die Kunde zu machen. Was jammern sie! Ihr wichtigstes Rohmaterial, das Kaolin, sei um ein Vielfaches gestiegen, die sonstigen Rohmaterialien fehlen auch, die Kohlen seien sehr knapp und teuer geworden, die Arbeiter, vor allem die für die Industrie so notwendigen nordböhmischen Arbeiter, seien einberufen. Die ärmsten Unternehmer! Doch wir wollen sie nicht gar zu sehr bedauern. Preisausschlag folgte auf Preisausschlag, immer neue Preiskurante wurden trotz der Papiernot ausgegeben. Für den Porzellanhändler ist es heute schon eine Kunst, sich über seine Einkaufspreise zu unterrichten, denn die Preisausschläge haben sich so sehr gehäuft, daß man schon recht genau rechnen muß, um zu wissen, was das Porzellankapital heute als Preis vorschreibt. Dabei wird in der Porzellanindustrie „gegründet“, wie in der lebhaftesten Prosperitätsperiode. Die ältesten Ladenhüter wurden verkauft, für Ausschuß wurden hohe Preise erzielt, die ganzen Lager wurden geleert.

Der Geschäftsführer des Verbandes der Keramischen Werke gestand am 15. Juli dieses Jahres in seinem Bericht an die Hauptversammlung zu, daß „die Nachfrage nach den Erzeugnissen mitunter geradezu stürmisch war, und daß es nicht immer möglich war, den Wünschen der Abnehmer in vollem Maße zu entsprechen“. Die Not lassen sich die Großunternehmer gerne gefallen, daß die Nachfrage erheblich größer ist wie das Angebot von Waren. Besonders nennenswert hat sich die Lage der Porzellangeschirrinindustrie verbessert. Für die Luxus-Porzellan- und Figurenindustrie hat die Leipziger Frühjahrsmesse einen glänzenden Verlauf genommen, im technischen Porzellan hat sich der Absatz gleichfalls gehoben und bei der Herstellung von Isolatoren und elektrotechnischen Artikeln waren — wir führen noch immer aus dem Berichte des Herrn Geschäftsführers an — die Fabriken zu lohnenden Preisen reichlich beschäftigt. Die ungeheure Nachfrage und die bedeutenden Aufträge sowohl der Militärverwaltung wie der Privatkundschaft zu guten Preisen werden auch für die verwandten Industrien festgestellt. Die Leipziger Messe wird in den Fachzeitschriften der Porzellanindustrie glänzend beurteilt.

Selbst die mit großer Vorsicht ausgearbeiteten Berichte der Aktiengesellschaften in der Porzellanindustrie lassen einen glänzenden Geschäftsgang und überreiche Gewinne erraten, wobei man sich stets vor Augen halten muß, daß es die Aktiengesellschaften zu einer außerordentlichen Kunstfertigkeit gebracht haben, nicht nur den Arbeitern und ihren Organisationen, sondern selbst den kleineren und mittleren Aktionären zu verhalten, wie stark ihre Gewinne sind. Einige Auszüge aus den Geschäftsberichten der letzten Monate werden das klarstellen:

Die Porzellanfabrik Lirschenreuth, Aktiengesellschaft, die verschämt von verhältnismäßig zufriedenernden Absatzmöglichkeiten schreibt, hat ihre Dividenden von 11 auf 15 Proz. steigen lassen. Die Porzellanfabrik Fraureuth hat ihre Anlagen fast völlig abgeschrieben, sie muß zugestehen, daß die Umsätze die höchste Friedensziffer überschritten haben. In der Porzellanfabrik Waldsassen,

Bareuther u. Co., war der Reingewinn im vorangegangenen Jahre 0 Proz., jetzt aber 7 Proz., obgleich Abschreibungen und Ueberweisungen auf kommende Rechnung gestiegen sind. Die Porzellanfabrik Schönwald gesteht zu, daß die Gesellschaft mit Aufträgen überhäuft sei, trotz der erhöhten Kriegsaufträge und daß ihre größeren Lieferungen nach dem neutralen Auslande den Umsatz bedeutend erhöht haben. Die Porzellanfabrik F. u. A. Müller in Schönwald stellt auch die steigende Nachfrage fest, die für das laufende Geschäftsjahr ein besseres Ergebnis erwarten läßt. In der Porzellanfabrik Zeh, Scherzer u. Co. hat sich der Reingewinn um fast 50 Proz. gesteigert und in das laufende Geschäftsjahr ist die Gesellschaft, wie sie selbst zugesteht, mit gutem Auftragbestande eingetreten. Die Porzellanfabrik Hutschenreuther in Hohenberg konnte ihre Dividende verdoppeln, und dabei noch auf das laufende Geschäftsjahr eine größere Summe übertragen als auf das vorangegangene. Die Bestellungen der Kundschaft waren sehr groß. Die Porzellanfabrik Philipp Rosenthal, A.-G. in Selb, steigerte ihr Fabrikationskonto von noch nicht einer Million im Jahre 1915 auf fast 2½ Millionen im Jahre 1916. Trotz aller möglichen Abschreibungen, sehr hoher Lantimen, verteilte diese Fabrik für das Jahr 1916 10 Proz. Dividende. Die Gesellschaft war in allen Abteilungen voll in Anspruch genommen und der Stand der Aufträge war sehr bedeutend.

Auch andere Porzellanfabriken, die im verfloffenen Geschäftsjahre noch nicht erfreulich abgeschritten haben, stellen große Nachfrage, hohen Auftragsbestand und sehr günstige Geschäftsaussichten für das laufende Geschäftsjahr fest.

Obgleich wir mit Absicht als Beispiel eine Industrie gewählt haben, die sehr ferne dem Kriege wirkt, stoßen wir auf die glänzendsten Geschäftsergebnisse.

Die Kapitalisten können den Krieg aushalten! Trotz der gewaltigen Teuerung und trotz der gerade hierdurch hinuntergedrückten Lebenshaltung der Arbeiter, setzen sie zähen Widerstand einem Ausgleich durch die Erhöhung der Löhne entgegen.

Angesichts der mächtigen Gewinne der Unternehmer haben die Arbeiter allen Anlaß, mit stärkstem Nachdruck und, wenn es notwendig ist, mit aller Rücksichtslosigkeit ihre Interessen zu wahren gegenüber dem den Krieg zu seiner höchsten Bereicherung ausnützenden Kapitalismus.

Aus unserem Berufe.

Magdeburg. Bei der Firma C. & E. Carstens wurde die Teuerungszulage vom 1. Oktober ab von 25 auf 30 Proz. erhöht, und vom 10. November ab von 30 auf 35 Proz.

Schwarzenbach. Die hiesige Porzellanfabrik von Oskar Schaller & Co. ging durch Kauf in den Besitz der Herren Winterling, Marktleuthen, über. Es dürfte wohl keinen Arbeiter in dieser Fabrik geben, der mit diesem Wechsel im Besitz und damit in der Leitung des Betriebes unzufrieden wäre oder gar den Abgang des bisherigen Besitzers bedauern sollte. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher, so mancher wird erleichtert aufatmen und eine Besserung der Verhältnisse erwarten. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, die bisherigen Löhne der Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Oskar Schaller & Co. sind die niedrigsten im ganzen Bezirk Oberfranken. Eine Anzahl Lohnbewegungen und zwei Streiks sind der äußere Ausdruck für die tristen Zustände in dieser Fabrik. Obwohl Herr Schaller für sehr vermögend gilt, oder vielleicht gerade deswegen, hatte er für alle Forderungen der Arbeiter nur ein taubes Ohr und war niemals geneigt, seinen Arbeitern dieselben Löhne und dieselben Verhältnisse zuzubilligen, die in anderen Porzellanfabriken Oberfrankens gewährt wurden. Die Arbeiterschaft des Betriebes hofft, daß die neuen Inhaber mehr soziales Verständnis bezeigen und der Not und dem Elend, unter dem die Schwarzenbacher Porzellanarbeiter leiden, zu steuern geneigt sein werden, indem sie die Löhne mit den herrschenden Teuerungsverhältnissen in Einklang zu bringen suchen. Das dürfte um so leichter möglich sein, als die Verkaufspreise für die Erzeugnisse der Fabrik während des Krieges um mehr als das Dreifache erhöht wurden, während die Arbeiterlöhne nicht nur nicht höher, sondern zum Teil noch niedriger geworden sind, wie vordem. Weil Herr Schaller vor seinem Abgange auch noch vergessen hat, die seitens der Gauleitung für die Arbeiterschaft geforderte Teuerungszulage zu bewilligen, derselbe Herr Schaller, der nach einem „Nachruf“ im „Hofer Anzeiger“ so manche Träne getrocknet haben soll, werden die neuen Besitzer

wohl nicht umhin können, das Versäumte nachzuholen. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit dieses Verlangens dürfte erwiesen sein, wenn festgestellt wird, daß immer noch Stundenlöhne für erwachsene männliche Arbeiter von 28 und 30 Pf., für weibliche von 18 und 20 Pf. gezahlt werden. Wie mit solchen Löhnen ein Familienvater oder eine alleinstehende Frau sich ehrlich durchs Leben schlagen soll, dürfte jedem ein Rätsel sein, der nicht selbst in solcher Situation sich befindet. Vor allen Dingen sind es die Löhne in der Dreherei und Sieberei, die einer Aufbesserung ohne Aufschub bedürftig sind.

Selb. Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ genehmigte eine außerordentliche Generalversammlung der Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther Akt.-Ges. den von der Verwaltung vorgeschlagenen Erwerb der Porzellanfabrik Paul Müller in Selb. Die Verwaltung soll sich von dieser Fusion große Vorteile versprechen, zumal damit eine bedeutende Konkurrenz für die Firma Hutschenreuther wegfallt. Der Preis für den Anlauf der Fabrik beträgt 900 000 M., außerdem ist an den bisherigen Besitzer der Fabrik für die Dauer von 8 Jahren eine Rente von 50 000 M. pro Jahr zu zahlen. Mit den Entwicklungsaussichten für das laufende Geschäftsjahr soll die Verwaltung sehr zufrieden sein. Die kapitalistische Entwicklung schreitet in der Porzellanindustrie rüstig aus, die Konzentration des Kapitals, die Aufsaugung der kleineren und mittleren Betriebe durch die kapitalkräftigen Aktiengesellschaften und die hinter ihnen stehenden Banken macht rüstige Fortschritte. Damit wird die Abhängigkeit der Arbeiter in der Porzellanindustrie von immer weniger werdenden Personen eine immer größere. Gegen die sich immer mehr zusammenballende wirtschaftliche Macht des Unternehmertums sich nach Möglichkeit zu schützen, muß die größte Sorge der Porzellanarbeiter sein. Gegenwärtig sieht es in Selb nicht so aus, als ob die dortigen Porzellanarbeiter aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, die sich für sie daraus ergibt. Aber nicht nur für die Arbeiter in Selb, sondern für die Porzellanarbeiter überhaupt ist es notwendig, sich ernsthaft damit zu beschäftigen, welche Wirkungen auf die Lage der Arbeiterschaft mit den Konzentrationsbestrebungen verbunden sein werden und müssen, um die erforderlichen Konsequenzen ziehen zu können. Nur der engste Zusammenschluß aller Porzellanarbeiter in ihrer Berufsorganisation, dem Verband der Porzellanarbeiter, kann als Gegengewicht gegen die konzentrierte Kapitalmacht und die steigende Macht des organisierten Unternehmertums wirken.

Sau Schlesien und Sachsen. An die Gauleitung in Schlesien gehen immer wieder Anfragen ein, weshalb keine öffentlichen Versammlungen mehr veranstaltet werden bezw. es werden immer Wünsche geäußert, solche abzuhalten und einen Referenten zu entsenden. Wir machen deshalb bekannt, daß das Stellv. Generalkommando des 6. Armeekorps schon seit längerer Zeit das Abhalten von öffentlichen Versammlungen, auch von öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen, nicht mehr erlaubt.

Aus anderen Verbänden.

Der Wiederaufschwung im Holzarbeiter-Verband. Der Holzarbeiter-Verband hat von seiner Feldpostzeitung soeben die dritte Nummer herausgegeben. Er berichtet darin, daß von den 192 465 Mitgliedern bei Kriegsausbruch rund 110 000 haben einrücken müssen. Zu Ende des Jahres 1916 waren nur noch 68 249 Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1917 war aber die Mitgliederzunahme wieder fortwährend sehr stark, so daß bis Jahreschluß der Verband es auf 95 000 Mitglieder bringen wird. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege nahezu verdoppelt; auch die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist stark gewachsen. Das Verbandsvermögen hat sich bedeutend vermehrt. Es gehe mit dem Verband in jeder Beziehung wieder aufwärts.

Versammlungs-Anzeigen.

Stenowitz. Mitgliedsversammlung am Sonntag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr, bei Frisch.

Tafel.

Proszel. Christiane Siegel, Sieberin, geboren am 17. September 1873 in Lauenstein, gestorben am 29. November an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1912.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Georg Köppel, Maler, geboren am 13. März 1894 in Wölbersbach, gefallen im Juni 1917.

Hans Koff, Brenner, geboren am 2. Juli 1885 in Schwarzenbach a. d. Saale, an den Folgen einer im Jahre 1915 erlittenen Verwundung gestorben am 30. November 1917 im Reservelazarett zu Grafenwöhr.

Beide waren Mitglieder der Zahlstelle Schwarzenbach.

Ehre ihrem Andenken!

Waldenburg, Utzsch, Niedersalzbrunn.

Unsere Lohnbewegung.

Mit dieser Tagesordnung finden folgende Mitgliederversammlungen statt:

Donnerstag, den 3. Januar, abends 6 Uhr, in Waldenburg Restaurant „Gute Quelle“, Sandstraße, für die Firma Krister.

Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Niedersalzbrunn, Restaurant „Zum Zepher“, für die Firmen Brause und Ohme.

Montag, den 7. Januar, abends 6 Uhr, in Utzsch, Gasthof zum „Deutschen Kaiser“, für die Firma Tielisch.

Referent in allen Versammlungen ist Gauleiter Martin Hirsch Bad-Salzbrunn.

Es ist nicht nur Pflicht aller Mitglieder, vollzählig zu diesen äußerst wichtigen Versammlungen zu erscheinen, sondern außerdem noch alle Unorganisierten als Gäste mitzubringen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Arbeitsmarkt.

**Einen tüchtigen Becherdreher,
einen tüchtigen Hohlgeschirrdreher**
stellt sofort ein
Porzellan-Manufaktur Burgau,
Ferdinand Sells,
Burgau bei Jena.

Tüchtiger Tellerdreher
gesucht.
Pottery Co., Rudolstadt.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Lappen, — Nische, — Flaschen,
überhaupt alle Metallrückstände zum Einschmelzen kauft zu höchsten Preisen bei reeller Bedienung

Julius Agler, Selb i. Bay.
Luitpoldstr. 23.

Bersorge sich, wer kann, in Schwämmen!

Schwämme für Porzellan- und Steingutdreher. Garnierungs-Druckerei-, Brenner-, Schwämme, Pferdeshwämme, Levantiner von M. 0,75 bis M. 6,00 pro Stück offeriert, ohne Bemusterung, nicht unter 50 Stück einer Preislage, evtl. mit Fabrikanten besondere Vereinbarung.

H. Michelsohn,
Berlin C. 25, Brenzlauerstr. 42.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Metallrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm.

**Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere
Pinzel — Paletten — Nöpfe — leere Goldflaschen**
überhaupt alle Metallrückstände zum Einschmelzen kauft
Max Haupt, Dresden-N., Königs-Platz 17.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle
Metallrückstände zum Einschmelzen**

kauft R. Köhler, Dresden-N., Gerichtsstr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rossmenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rossmenstr. 4
Druck von Otto Serte, Charlottenburg, Wallstraße 22

Die Ameise. Beilage.

Nr. 51

Charlottenburg, Freitag, den 21. Dezember 1917

Jahrg. 44

Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne.

Von Paul Feller.

Zu den Ausführungen der Genossen Schneider und N. E. Nr. 48 der „Ameise“ möchte ich mir einige Ergänzungen erlauben. Genosse Schneider hat ganz recht, wenn er verlangt, daß bei solcher Frage tiefer geschürft werden soll. Mit Bewunderung kraftstrotzender Jungen ist da wenig getan. Doch weniger behagt es mir, wenn N. E. die Segel streichen und dem Pausback das gesamte Gut übergeben möchte. In das Altenteil zieht man sich in der Regel erst zurück, wenn Altersschwäche und Arbeitsunfähigkeit sich einstellen. Soweit ist meines Erachtens unsere Organisation doch wirklich nicht.

Aber auch Genosse Schneider macht mir wenig Freude, wenn er jetzt schon wieder das dreieckige Verhältnis im Hintergrunde aufsteigen läßt. Ich habe gar keine Angst, mit anderen aus einem Napf zu löffeln; aber ich bin auch nicht blind gegen die Nachteile einer solchen Verschwägerung. Mein Standpunkt bleibt vorläufig: Selbst ist der Mann. Ich bin der Meinung, daß wir jetzt und auch nach Beendigung des Krieges wichtigere Dinge zu tun haben, als Verschmelzungsprobleme zu lösen.

Es ist zweifelhaft, ob sämtliche vom Militär zurückkehrende Mitglieder den Weg zur Organisation sofort wieder finden. Die lange Dauer des Krieges dürfte viele der Organisation entfremdet haben. Es liegen bereits jetzt für die Gewerkschaften gewisse Erfahrungen vor. Wir werden die lebhafteste Agitation treiben müssen, um diese abschwankenden Berufsgenossen bei der Organisation zu halten. Wir brauchen also eine gewisse Stabilität unseres Verbandes. In großzügiger Weise läßt sich die nach dem Kriege notwendige Agitation nur treiben, wenn wir von der Unruhe, die Verschmelzungsdebatten mit sich bringen, verschont bleiben.

Dazu kommt ein weiteres. Unser Verhältnis zu den Arbeitgebern dürfte nach dem Kriege auch kein besonders burgfriedliches werden. Deutschland besitzt die zur Porzellan- und Steinguterzeugung notwendigen Stoffe in reichem Maße. Unsere Arbeitgeber können also nicht unter Hinweis auf teure Rohstoffe davon reden, daß sie mit der Konkurrenz des Auslandes in den Preisen gleichen Schritt halten müssen und daß dies nur möglich sei bei Herabsetzung der Arbeitslöhne. Aber deshalb ist der Druck auf die Löhne noch nicht ausgeschlossen. Man dürfte einen solchen Versuch mit einer anderen Begründung wagen. Tatsache ist, daß durch den Krieg fast der gesamte Auslandsmarkt zerstört ist. Es heißt nach dem Kriege neu aufbauen, neue Kundschaft suchen, die Konkurrenz verdrängen. Da ist es sehr leicht möglich, daß man versuchen wird, billiger zu liefern als der Konkurrent. Wenn nicht technische Fortschritte eine Verbilligung der Produkte ermöglichen, so bedeuteten solche Schleuderpreise bisher noch stets den gleichzeitigen Sturm der Arbeitgeber auf die Arbeitslöhne. Hier werden unsere Berufsgenossen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit Obacht zu geben haben und bei dem geringsten misbezüglichen Versuch der Arbeitgeber auf das entschiedenste dagegen Front machen müssen.

Es hieße allerdings unsere Organisation für wertlos und unbrauchbar erklären, wenn trotz der Teuerung, die auch nach dem Kriege fortbestehen wird, es den Arbeitgebern gelingen sollte, Lohnherabsetzungen zu erreichen.

Ich würde allerdings die Entziehung der bisher gewährten Kriegszulagen auch schon als eine Lohnherabsetzung betrachten. Auch hier heißt es, entsprechend dem Wort des Genossen Schneider: tiefer schürfen. Nichts ist irriger, als wenn man mit einer gewissen Genugtuung von den 25 Pro-

zent Teuerungszulage sprechen wollte, die einzelne Firmen — beileibe nicht alle — bewilligt haben. Diese 25 Prozent waren schon lange vor dem Kriege fällig, und daß unsere Berufsgenossen sie nicht schon damals erhalten oder wenigstens entschiedener darum gekämpft haben, beweist nur ihre erschreckend große Genügsamkeit und grenzenlose Unerfahrenheit in wirtschaftlichen Fragen, verbunden mit ebenso viel Schwachheit in der Vertretung ihrer Interessen. Ein Versuch der Arbeitgeber, diese jetzt gezahlten höheren Löhne gelegentlich wieder unter dem Tisch verschwinden zu lassen, wäre geradezu unerhört. Das dürfen unsere Berufsgenossen sich nicht bieten lassen.

Es sind zwingende Gründe, die zu dieser Forderung veranlassen. Ich will an dieser Stelle von allen den andern Fragen, die vielfach nicht minder bedeutungsvoll sind als die Lohnfrage, absehen und mich nur mit dieser beschäftigen. Wir haben für unseren Verband zwei Lohnstatistiken, die beide vom Genossen Wollmann bearbeitet sind. Die Lohnstatistik von 1894/95 und die von 1906. Im Jahre 1894 haben 5685 Verbandsmitglieder, das sind 81 Prozent des damaligen Mitgliederbestandes, die Fragen beantwortet. 5332 Angaben waren brauchbar. Die Statistik von 1906 beruht auf den Angaben von 10 557 Berufsgenossen, das sind 74 Prozent des Mitgliederbestandes. Ein Vergleich der Resultate dieser beiden Umfragen gibt uns Auskunft über die Entwicklung der Löhne von 1894 bis 1906.

Es sei gleich von vornherein festgestellt, daß bei allen Branchen unserer Berufsgenossen, soweit ein Vergleich möglich war, eine Lohnerhöhung eingetreten ist. Nur Glasurer und Drucker haben 1906 weniger verdient als 1894. Für die Hauptbranchen finden wir 1906 einen Mehrverdienst, in Prozentzahlen ausgedrückt: Maler 28, Kapseldreher 28, Masseschläger 22, Dreher und Former 19, Einfüller, Bergglüher und Brenner 19, Modelleure 14, Schmelzer 12, Schleifer 12, Formengießer 11, Packer und Sortierer 6 Prozent.

Im Vergleich zu der von 1894 bis 1906 fortschreitenden Verteuerung der Lebensmittel und Wohnungsmieten sind diese Lohnerhöhungen vollständig ungenügend. Sehen wir für das Jahr 1894 sowohl für Löhne als auch für Nahrungsmittel die gleiche Zahl 100, so sind die Löhne wie vorstehend angegeben gestiegen. Für die eine Branche auf 106, für die andere Branche auf 114 usw. Die Preise der Lebensmittel aber sind in demselben Zeitraum gestiegen auf 130. Das heißt: der Maler hat wohl auf 100 immer 28 Mark mehr bekommen, der Dreher hat anstatt 100 Mark 119 Mark erhalten, aber alle haben für die Lebensmittel, die sie früher mit 100 Mark bezahlten, nun 130 Mark zahlen müssen. Wo bleibt da die Verbesserung der Lebenslage? Selbst die Maler, deren Löhne am schärfsten in die Höhe gingen — übrigens nur, weil vor 1894 geradezu skandalöse Löhne gezahlt wurden —, selbst sie mit 28 Prozent Mehrverdienst befanden sich 1906 immer noch in schlechterer Lage als 1894. Wieviel trauriger aber ist die Lage derjenigen, deren Löhne nur auf 106, 111 usw. stiegen, oder gar, wie Glasurer und Drucker, direkt weniger verdienten als 1894. Es bleibt dabei: die Lohnerhöhungen waren gegenüber der gleichzeitigen Lebensmittelverteuerung so gering und unzureichend, daß es ein Skandal ist, daß unsere Berufsgenossen sich so wenig energisch dagegen wehrten.

Da verstanden andere Arbeiter ihre Interessen besser wahrzunehmen. So haben die Holzarbeiter ihre Lage wesentlich verbessert. Sie haben von 1893 bis 1906 ihre Löhne gesteigert um 45 Prozent. Ebenso haben die Zimmerer in der Zeit von 1895 bis 1911 ihre Löhne um 64 Prozent erhöht. Wir wollen hoffen, daß in die Kreise unserer Berufsgenossen recht bald der Geist einzieht, der notwendig ist, um solche Lohnerhöhungen durchzusetzen.

Die bisherigen Angaben über die Löhne der Porzellan-

Wer die Augen nicht absichtlich vor fremder Not verschließt, wie das leider oft genug geschieht, der muß anerkennen, daß ein großer Teil der Lohnarbeiterschaft in unzureichenden materiellen Verhältnissen, ein nicht unerheblicher Teil in Not und Elend lebt, im vollsten Sinne des Wortes in der täglichen Sorge um Beschaffung des Unentbehrlichen an Nahrung, Kleidung, Wohnung für sich und die Seinen. (Staatsminister Freiherr von Berlepsch. 1903. Warum betreiben wir soziale Reform?)

arbeiter betrafen nur männliche Arbeiter mit qualifizierten Arbeitsleistungen. Berücksichtigen wir nun unsere Berufsgenossinnen und die jugendlichen Arbeiter auch noch mit, so wird das Bild noch viel trostloser. Ein Vergleich der beiden Verbandsstatistiken ist dabei nicht möglich, weil die von 1894 Frauenlöhne nicht enthält. Bekanntlich werden erst seit dem Jahre 1896 Frauen in den Verband aufgenommen. Eine Vergleichung der Löhne finden wir aber auf Seite 122 des vom Vorstand herausgegebenen Buches: Die Aktiengesellschaften in der deutschen Porzellan- und Steingutindustrie. Es sind dort allerdings nur die Löhne von 1907/08 bis 1911/12 angegeben. Für unseren Zweck genügt das, da diese Tabelle eine Fortsetzung der Statistik von 1906 bedeutet bzw. eine Weiterverfolgung der Zahlen von 1906 ermöglicht. Es können hier nur die bloßen Zahlen wiedergegeben werden. Die Erläuterungen dazu bitte ich in dem genannten Werk selbst nachzulesen. Nach dieser Tabelle erhöhte sich der Jahresdurchschnittsverdienst von 906,13 Mark im Jahre 1907/08 auf 959,01 Mark im Jahre 1911/12. Das ist eine Lohnsteigerung von 5 Prozent. In derselben Zeit aber erhöhten sich infolge der zunehmenden Teuerung die Ausgaben für Lebensmittel um 12 Prozent. Also auch hier als Endresultat eine weitgehende Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft unseres Berufes.

Es bedurfte also wirklich nicht erst dieser ungeheuren Kriegsteuerung, um eine Zulage von 25 Prozent nötig zu machen. Schon vor dem Kriege war diese Erhöhung der Löhne nötig, um die Porzellanarbeiter wenigstens etwas besser zu stellen als in den 90er Jahren.

Die Teuerung wird anhalten. Auf ein Jahrzehnt und länger werden wir die Folgen des Krieges spüren, da ist garnicht daran zu denken, daß diese sogenannte Kriegsteuerungszulage der Arbeiterschaft wieder entzogen werden dürfte. Im Gegenteil: die Zulage muß bedeutend erhöht und auf die Löhne umgerechnet werden, damit sie nicht fortgesetzt als eine Art Geschenk betrachtet wird, das der Arbeitgeber nach Lust und Laune ev. verweigern kann. Und dort, wo diese Zulage noch unvollständig oder garnicht bewilligt ist, muß sie unverzüglich herausgeholt werden. Sie bedeutet trogallebem bei der gegenwärtigen grenzenlosen Teuerung nur soviel wie ein Tropfen auf glühendem Stein. Einen Wert hat sie nur, wenn sie über die Kriegszeit hinweg gerettet werden kann.

Das ist möglich. Man beachte nicht das Geschrei derer, die da behaupten werden, das bedeute den Ruin der ganzen Industrie. Solche Unkenrufe ertönten noch stets, wenn es den Kapitalisten an den Geldbeutel ging. Die Kapitalmagnaten der Porzellan- und Steingutindustrie haben vor dem Kriege glänzende Geschäftsjahre gehabt. Sie haben geradezu aus dem Vollen schöpfen können. Was sie von ihren Riesenverdiensten der Arbeiterschaft abgegeben haben, ist oben mitgeteilt. Es war bedeutungslos, so gut wie nichts. Wo hätte wohl jemals ein Kapitalist seinen Arbeitern mehr Lohn gegeben als diese ihm abringen und abtrogen konnten. Die Porzellanarbeiter verstanden eben bisher das Ringen und Trogen nicht. Dabei hatten die Arbeitgeber goldene Zeiten. Daß die Porzellan- und Steingutindustrie eine glänzende Geschäftsperiode hinter sich hat, beweisen die Ziffern der Ausführstatistik. Vom Jahre 1880 bis 1895 stieg die Ausfuhr von Porzellan und porzellanartigen Waren von 8 Millionen Mark auf 18,2 Millionen Mark. Bis zum Jahre 1900 verdoppelte sie sich nummehr und stieg auf 38,8 Millionen Mark. Ungefähr diesen Stand finden wir auch in den Jahren 1908 und 1909. Dazwischen lagen aber besonders fette Jahre. So betrug die Ausfuhr 1903 = 53,1 Millionen Mark, 1905 = 66,4 Millionen Mark und 1907 = 67,6 Millionen Mark.

Dieser prächtige Geschäftsgang spiegelt sich auch wieder in der Zahl der Betriebe und in der Zahl der beschäftigten Arbeiter. In der Porzellanindustrie hatten wir 1895 = 1621 Betriebe, im Jahre 1907 aber 1659 Betriebe. Doch die Zahl der Betriebe ist immer schwächer. Maßgebender ist deren Vermögensgröße. Hierüber gibt uns die Zahl der Arbeiter Aufschluß. Die Zahl der in der Porzellanindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter stieg von 25719 im Jahre 1895 auf 32415 im Jahre 1907, die der weiblichen Arbeiter von 16135 im Jahre 1895 auf 19370 im Jahre 1907. Das gleiche Bild weist die Steingutindustrie auf. Die Zahl der Betriebe vermehrte sich allerdings nur um 3; sie stieg von 89 auf 92. Aber die Zahl der männlichen Arbeiter stieg von 8775 im Jahre 1895 auf 14515 im Jahre 1907. Die weibliche Arbeiterschaft vermehrte sich von 2567 im Jahre 1895 auf 5199 im Jahre 1907.

Das richtige Bild über den guten Geschäftsgang gewir wir aber erst, wenn wir uns die Geschäftsgewinne näher betrachten. Wir müssen hier das vorhin erwähnte vom Vorstand herausgegebene Buch nochmals zur Hilfe nehmen. Es befindet sich dort auf Seite 127 eine Tabelle, die den Produktionsertrag und dessen Verteilung für die Jahre 1907/08 bis 1911/12 erläutert. Es kommen bei dieser Tabelle nur 33 Aktiengesellschaften in Betracht, aber das genügt für unsere Zwecke. Das Ergebnis der Privatbetriebe ist sicher gleiches. Von den Betrieben, die in Händen von Einzelbesitzern sind, können wir die Geschäftsergebnisse nicht feststellen, wo sie sich natürlich hüten, ihre Bilanzen zu veröffentlichen, während die Aktiengesellschaften gesetzlich dazu verpflichtet sind. In der erwähnten Tabelle finden wir, daß der Produktionsertrag gestiegen ist von 21 900 703 M. im Jahre 1907/08 auf 32 936 370 M. im Jahre 1911/12. In dieser Summe sind allerdings die Löhne mit enthalten. Diese Löhne stiegen von 18 477 803 M. im Jahre 1907/08 auf 23 824 685 M. im Jahre 1911/12. Daß diese Steigerung der Löhne um über 5 Millionen Mark nicht eine wesentliche Steigerung des Jahresverdienstes brachte, ist oben schon gezeigt. Der Durchschnittsjahreslohn stieg pro Kopf der Arbeiter von 906,13 M. im Jahre 1907/08 auf 959,01 M. im Jahre 1911/12. Die erhöhte Lohnsumme von 23 824 685 M. ist daher, daß die Zahl der Arbeiter bei diesen 33 Aktiengesellschaften stieg von 20392 im Jahre 1907/08 auf 24 812 im Jahre 1911/12.

Während der Lohnanteil an dem Produktionsertrag den einzelnen Arbeiter kaum ein nennenswertes Mehr an Lohn zeigt, konnten die Kapitalisten um so mehr zuzufügen sein. Der Kapitalanteil am Produktionsertrag stieg von 3 422 900 M. im Jahre 1907/08 auf 9 111 685 M. im Jahre 1911/12. Während 25000 Arbeiter bei fortgesetzter angestrebter Tätigkeit ganze 24 Millionen Mark erhielten, konnten die Handvoll Kapitalisten, die Aktionäre der 33 Aktiengesellschaften waren, für ihre sicher nicht schwere Arbeit in diesem Jahre 1911/12 9 Millionen Mark einstecken. Hätten die Porzellanarbeiter für das Jahr 1912 eine Lohnerhöhung von 25 Proz. durchsetzen können, so wäre nach dieser Lohnerhöhung für die — ich wiederhole es — Handvoll Kapitalisten immer noch die recht respectable Summe von 3 150 000 M. Gewinn für ihre schwere Arbeit übrig geblieben.

Wir müssen aber immer beachten, daß diese für die Porzellanarbeiter so überaus elenden und für die Kapitalisten so glänzenden Zeiten die Jahre vor dem Kriege waren. Sie haben ja die Kriegszeiten für die Arbeiter eine teilweise Lohnerhöhung gebracht in Gestalt der Teuerungszulage. Man vergesse dabei nicht, daß — worauf auch nach der letzten Nummer der „Ameise“ der Genosse Hoffmann Eisenberg hinwies — die Verkaufspreise bis zu 250 Prozent gestiegen sind. Also eine noch weitere Steigerung der Gewinne der Kapitalisten. Und damit die begehrliehen Arbeiter etwas haben, bewilligt man ihnen immer wieder mal ein Prozent Zulage, so daß die Bevorzugtesten jetzt schon 25 Proz. weg haben.

Wäre die Geschichte nicht so ernst, man könnte darüber lachen. Was bedeuten heute 25 Prozent Zulage, zumal wenn diese Zulage berechnet wird nach den bis dahin so elenden Löhnen der Porzellanarbeiter. Genosse Ellinger führt in der letzten Heft der Neuen Zeit lehrreiche Zahlen des Kaiserlich Statistischen Amtes und Calvers dafür an. Der Index für den August 1917 die wöchentliche Indexzahl auf 54,67 M., während sie im Juli 1914 nur 25,12 M. betrug. Die Kosten für die sogenannte wöchentliche Familienration hat sich seit Kriegsbeginn also mehr als verdoppelt. Unter Berücksichtigung anderer, in dieser Calverschen Berechnung nicht einbegriffener Waren und weil außerdem die Qualität der Waren stark zurück gegangen ist, kommt Ellinger zu dem Schluß, daß „eine durchschnittliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung um 200 bis 300 Proz.“ eingetreten ist. Man halte dem gegenüber die 25prozentige Zulage unserer Berufsgenossen.

Berühend auf Angaben des Kaiserlich Statistischen Amtes führt Genosse Ellinger die Kriegszulagen einiger Berufe an, wobei zu berücksichtigen ist, daß es Berufe sind, die schon vor dem Kriege bedeutend höhere Löhne bekamen als unsere Berufsgenossen. Nach diesen Angaben sind die Löhne gestiegen seit dem März 1914 bei männlichen Arbeitern folgend: in der chemischen Industrie um 34,2 Proz., in der Eisen- und Metallindustrie um 44,5 Proz., in der Maschinenindustrie um 48 Proz., in der elektrischen Industrie um 64,6 Prozent. Bei den weiblichen Arbeitern erhöhten sich die Löhne in der selben Zeit in der chemischen Industrie um 50,4 Proz., in der

Maschinenindustrie um 70,2 Proz., in der elektrischen Industrie um 74,5 Proz. und in der Eisen- und Metallindustrie um 99,5 Prozent. Man halte dagegen die 16 1/2 Pfennige Stundenlohn der Porzellanarbeiterinnen, von denen, nach der letzten Nummer der „Ameise“, in der Versammlung in Eisenberg die Rede war.

Ferdinand Lassalle sagte einmal, wenn man etwas erreichen wolle, so müsse man alle Kraft auf den einen, den entscheidenden Punkt konzentrieren. Dieser eine, entscheidende Punkt muß für die Porzellanarbeiter die Erhöhung der Löhne sein. Sämtliche organisatorische Maßnahmen sind auf diesen einen Punkt einzustellen. Alles andere hat zurück zu treten, mögen es Beschmelzungsfragen, mögen es die in der Arbeiterschaft gegenwärtig so beliebten Auseinandersetzungen, mag es sonst etwas sein. Nur um den einen Punkt, die Lohnfrage, hat sich alles zu konzentrieren. Daß die Heranziehung der Nichtorganisierten eine der ersten Vorbedingungen bleibt, ist selbstverständlich. Die Reihen müssen geschlossen werden. Die letzte Arbeiterin, der letzte Jugendliche muß in die Organisation. Ist diese Bedingung ganz oder annähernd erfüllt, dann der Aufmarsch auf der ganzen Front. Haben die Porzellanarbeiter bisher das Siegen noch wenig gelernt, so wird ihnen in Zukunft die Not die beste Lehrmeisterin sein. Unter den bestehenden Zuständen zu leben, ist wirklich nicht mehr möglich.

Aus anderen Verbänden.

Starke Mitgliederzunahme im Sattlerverband. In den ersten Dreivierteljahre 1917 stieg die Mitgliedszahl im Sattlerverband von 6359 auf 8169 männliche und von 1772 auf 5302 weibliche Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich verdreifacht. Im Heere hat der Sattlerverband so viele Mitglieder, wie er zu Beginn des Krieges überhaupt hatte. Trotzdem ist seine Mitgliederzahl nahezu so groß wie vor dem Kriege. Für Unterstützungen wurden während des Krieges 554 680 Mark ausgegeben, darunter 351 281 Mark an Beihilfen für die Kriegerfrauen. Die Annahme der Beitragserhöhung in Urabstimmung mit dreiviertel Mehrheit ist um so höher zu bewerten, weil vorläufig erhöhte Leistungen des Verbandes nicht in Frage kommen, sondern die gesamte Einnahme den späteren Aufgaben der Organisation zur Verfügung gehalten werden soll.

Vermischtes.

Die Gewerkschaften gegen die Schnellzugszuschläge. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat am 16. und 17. November zwei Eingaben gegen die Verteuerung des Reisens mit Schnellzügen an den preussischen Eisenbahnminister Breitenbach gerichtet. Sie fordert grundsätzlich die Regierung auf, auf diese verfehlte Maßnahme völlig zu verzichten, da sie einer Verteuerung der gesamten Kriegswirtschaft gleichkommt. Sollte aber darauf nicht eingegangen werden, so verlangt sie Befreiung von den Schnellzugszuschlägen für die Gewerkschaftsfunktionäre bei Dienstreisen für ihre Verbände, für die Mitglieder von Schlichtungsausschüssen bei Reisen zur Teilnahme an den Sitzungen ihrer Ausschüsse und für Arbeiter der Kriegswirtschaft bei Urlaubsreisen zum Besuch ihrer Familie. Die Gewerkschaften müssen heute mit wenig Arbeitskräften eine stark angewachsene Verbandstätigkeit bewältigen; sie sind deshalb auf den Schnellzugsverkehr angewiesen. Ebenso sind diese Zuschläge eine große und ungerechte Härte gegen die vielen Tausend Arbeiter, die als Hilfsdienstpflichtige weit von der Heimat entfernt kriegsnotwendige Arbeit leisten müssen; sie haben nur ausnahmsweise ein paar Tage Urlaub zum Besuche ihrer Familie und müßten die vollständig auf der Eisenbahn zubringen, wenn sie sich nicht des Schnellzugsverkehrs bedienen wollten.

Gewerkschaftskartell Leipzig. Unter Teilnahme der Vorsitzenden und der Ortsverwaltungen der Zentralverbände der Asphaltreue, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Sattler, Steinsetzer, Tabakarbeiter und Schneider Leipzigs sowie drei Mitgliedern der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und des Ausschusses des Gewerkschaftskartells Leipzig fand am Sonntag, den 25. und Montag, den 26. November eine Aussprache über die Gründe des Austritts der vorgenannten Gewerkschaften aus dem Gewerkschaftskartell mit dem Ziel einer Einigung statt.

Von den ausgetretenen Gewerkschaften wurde eine Entschliebung vorgelegt, deren erster Teil lautet:

„Die dem freien Gewerkschaftskartell zu Leipzig angeschlossenen Organisationen erklären, daß die Vertretung der Arbeiterinteressen, wie sie bisher von dem alten Kartell und besonders von den beiden Sekretären Lüttich und Myslau, angenommen ihre Tätigkeit in Rechtsschutzsachen, im Namen der Leipziger Arbeiterschaft gelebt worden ist, als nicht im Interesse der Arbeiter liegend betrachten. Ebenso verwerfen sie die von der Generalkommission betriebene Politik.“

Gegen diesen Teil gaben die Vertreter der Zentralverbände und die Generalkommission sowie der Kartellausschuß folgende Erklärung ab:

„Wir halten den ersten Teil der Erklärung für nicht gerechtfertigt. Die in der Beratung für den Austritt aus dem Kartell angeführten Gründe bieten keine Veranlassung zu einem solchen Urteil, sondern es gilt als erwiesen, daß das Kartell und die Arbeiterssekretäre ihre Pflicht erfüllt haben.“

Die Verhandlungen führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

„Die ausgetretenen Gewerkschaften treten nach den allgemeinen Neuwahlen, die im Januar stattfinden, dem alten Kartell wieder bei. Nach dem Wiedereintritt legen die Kommissionen des Kartells, die im öffentlichen Interesse wirken, ihre Aemter nieder. Das Kartell entscheidet über die Besetzungen dieser Kommissionen. Die Vertretung des Gewerkschaftskartells hat durch den Kartellausschuß oder durch besonders gewählte Vertreter zu erfolgen. Die von dem Kartell zu solchen Kommissionen usw. Delegierten haben selbstverständlich die Meinung der Mehrheit des Gewerkschaftskartells zu vertreten. Die durch Behörden zu berufenden Vertreter des Gewerkschaftskartells haben vor Annahme dieser Berufung die Zustimmung des Kartells einzuholen. Dem Kartell bleibt es vorbehalten, an Stelle dieser berufenen Personen andere Vertreter des Kartells zur Berufung vorzuschlagen. Soweit solche Berufungen durch die Behörden bereits erfolgt sind, hat das Kartell nach der Wiedervereinigung nachzuprüfen, ob diese Vertretungen aufrechtzuerhalten, eventuell durch andere Vertreter des Kartells zu besetzen sind.“

Krankenversicherung und Wochenbeihilfe während des Krieges. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine neue Bundesratsverordnung über Krankenversicherung und Wochenbeihilfe während des Krieges. § 1 der Verordnung setzt die obere Grenze des durchschnittlichen Tagelohns gemäß § 180 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung von fünf auf acht Mark herauf, die in Abs. 2 und 4 daselbst bestimmte obere Grenze des durchschnittlichen Tagesentgelts und des wirklichen Arbeitsverdienstes von sechs auf zehn Mark. — § 2 gestattet zur Deckung von Mehrleistungen die Erhöhung der Beiträge von 4 1/2 bis auf 6 Proz. des Grundlohns. § 3 läßt gewisse Erhöhungen des Krankengeldes bis zur Höchstgrenze von Dreiviertel des Grundlohns zu. § 4 gibt unehelichen Kindern von Kriegsteilnehmern den Anspruch auf Wochenbeihilfe auch unter gewissen Umständen, unter denen er bisher nicht bestand. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Erhöhung der unpfändbaren Lohnsumme. Je mehr die Kaufkraft des Geldes sinkt, um so unerlässlicher wird es, dem Angestellten und Arbeiter das Mindesteinkommen sicherzustellen, das ihm für seinen Lebensunterhalt unter allen Umständen bleiben muß. Früher betrug die unpfändbare Lohnsumme 1500 Mk. pro Jahr und schon lange vor dem Kriege wurde ihre Erhöhung gefordert. Aber erst im Juni 1915 hat der Bundesrat den Betrag auf 2000 Mk. eingesetzt, bei dem es bis jetzt verblieben ist. Inzwischen ist durch zahlreiche Eingaben eine Erhöhung gefordert worden. In der Petition der Angestelltenverbände und Gewerkschaftsvorstände betreffend die Forderung für den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft an den Bundesrat und Reichstag wird gefordert, die unpfändbare Lohnsumme auf 5000 Mk. zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Entwertung des Geldes ist diese Summe nicht zu hoch gegriffen.

Wissenschaft und Genossenschaft. Langsam und tastend, gewissermaßen zögernd, fangen die deutschen Hochschulen allmählich an, das Genossenschaftswesen in ihren Lehrplan aufzunehmen. An verschiedenen Universitäten sind Vorlesungen über das Genossenschaftswesen für das diesjährige Wintersemester angelegt worden, auch an den Handels- und landwirtschaftlichen Hochschulen beschäftigt man sich mit demselben Gegenstande. Die Notwendigkeit, die Studierenden in das Wesen der Genossenschaft einzuführen, kann heutzutage nicht mehr bestritten werden. Es trifft vollständig zu, was die

Städtische Handelshochschule in Köln in ihrem letzten Berichte schreibt, daß die Aufnahme der Genossenschaftslehre in den Lehrplan sich vor allem durch die steigende praktische Bedeutung rechtfertigt, die das Genossenschaftswesen auf fast allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens erlangt hat und deren Ausdehnung vorläufig auch fast unbegrenzt erscheint. Ist es auf der einen Seite für den Kaufmann wichtig, diese einflussreichen wirtschaftlichen Gebilde näher kennenzulernen, die ihm teils neue Aufgaben setzen, teils alte bestreiten, so bedürfen die Genossenschaften nicht weniger des Kaufmanns. Sie sind so weit über ihren ursprünglichen kleinen Wirkungskreis hinausgewachsen, daß sie nicht mehr alle mit freiwilligen ungeschulten Hilfskräften arbeiten können.

Mehrere hervorragende Hochschullehrer haben sich dahin geäußert, daß das Genossenschaftswesen nach dem Krieg unbedingt auf den Hochschulen zu einem wichtigen Lehrgegenstande gemacht werden müsse. So schreibt zum Beispiel der Leiter des Volkswirtschaftlichen Seminars an der Universität Leipzig, Dr. W. Stieda:

Die große Wichtigkeit der Genossenschaft, namentlich auch gegenüber den Preistreibern der Gegenwart, leuchtet ein. Ich vermute auch, daß nach dem Kriege, wenn diese Wucherpreise nicht aufhören, der Konsumverein weit über die arbeitenden Klassen hinaus das einzige wirksame Mittel der Konsumenten sein wird, sich vor den maßlosen Uebergriffen der Händler zu schützen. So werde ich die Angelegenheit im Auge behalten und nach dem hoffentlich bald eintretenden Frieden darauf bedacht sein, daß auch dieses Gebiet im Bereich der zur Volkswirtschaft gehörenden Fächer nicht mehr unberücksichtigt bleibt.

In ähnlicher Weise haben sich auch andere hervorragende Gelehrte geäußert, u. a. Geheimrat Professor Dr. Pierstorff (Staatswissenschaftliches Seminar der Universität Jena), der schreibt:

Nach Friedensschluß werden wir dem Genossenschaftswesen überhaupt in gesteigertem Maß Rechnung tragen. In den allgemeinen Vorlesungen ist bisher schon dem Genossenschaftswesen nach Möglichkeit Rechnung getragen worden. Kann doch von seiner Bedeutung niemand mehr überzeugt sein und niemand sich dafür mehr interessieren als ich selbst.

Bemerkenswert ist auch noch, daß Seminare gegründet werden sollen, in denen eine gründliche Behandlung des Genossenschaftswesens in Theorie und Praxis geplant ist. Für die Entwicklung der deutschen Genossenschaften nach dem Kriege werden diese wissenschaftlichen Bestrebungen zweifellos fördernd wirken. Seine innige Verbindung von Wissenschaft und Genossenschaft wird unserem Wirtschaftsleben sicherlich großen Nutzen bringen.

Reichsanzüge für heimkehrende Krieger. Im Reichsausschuß für das deutsche Schneidergewerbe wurde mitgeteilt, daß demnächst den Schneidern „Reichsanzüge“ in Auftrag gegeben werden. Die Reichsbekleidungsstelle hat bisher 500 000 Stück Ober- und Unterkleider herstellen lassen, die durch die Kommunen an die unbemittelte Bevölkerung zu billigen Preisen abgegeben werden. Nunmehr werden neuerdings 500 000 Stück Anzüge in Arbeit gegeben, die aus neuen Stoffen hergestellt werden und an die heimkehrenden Krieger zur Verteilung gelangen sollen. Die Preise sollen möglichst billig gehalten sein, und es schweben gegenwärtig Unterhandlungen darüber, daß die Reichsinstanzen einen Beitrag zum Ankauf der nötigen Stoffe leisten, um den Kaufpreis auf diese Weise so niedrig wie möglich zu gestalten.

Bestrafung eines Hilfsdienstpflichtigen. Zu 30 M. Geldstrafe oder je einen Tag Gefängnis für je 5 M. Geldstrafe wurde vom Schöffengericht Charlottenburg ein Hilfsdienstpflichtiger verurteilt, der die ihm nach auswärts überwiesene Arbeit nicht übernommen hatte, weil ihm Lohn- und Wohnungsverhältnisse nicht miagten. Beantragt waren vom Amtsanwalt vier Wochen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß der Angeklagte mit einer Geldstrafe nur deshalb belegt wurde, weil über das Gesetz noch viel Unwissenheit herrsche, daß aber in Zukunft auf Gefängnisstrafen anerkannt werden müsse.

Die Nichtübernahme oder Verweigerung der zugewiesenen Arbeit wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit einer dieser Strafen aber mit Haft bestraft. Gleiche Strafe trifft den Arbeitgeber, der einen Angestellten eines kriegswichtigen Betriebes ohne Abkündigung einstellt.

Eine Eingabe der Generalkommission zu Gunsten der Heimarbeiter. Die Zentralstellen der Gewerkschaft und Angestelltenverbände haben in einer Eingabe vom 1. Dezember d. J. an Bundesrat und Reichstag erneut auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Durchführung der bis jetzt noch nicht in Kraft gesetzten Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes, insbesondere über die Errichtung von Fachauschüssen und Lohnämtern, sowie der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden hingewiesen. Die Eingabe geht davon aus, daß nach dem Krieg eine erhebliche Vermehrung der Heimarbeiter zu befürchten sei. Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Arbeitsloswerdende, Arbeiterinnen der Kriegsindustrie würden sich in die Heimarbeit drängen und dort die Existenzbedingungen noch weiter verschlechtern. Dagegen müsse die Gesetzgebung bei Zeiten Vorkehrung treffen, indem endlich das schon im Jahre 1911 beschlossene Hausarbeitsgesetz in vollem Umfang in Kraft gesetzt werde. Das Reich beginge damit nur einen Akt der Dankbarkeit gegen seine Verteidiger und deren Hinterbliebene. Die Eingabe schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Bundesrat nunmehr nicht zögern werde, die Verwirklichung der im Hausarbeitsgesetz vorgesehenen Bestimmungen durchzuführen und den Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen die Wohltaten der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung zu gewährleisten.

Der Bestand der Volksfürsorge Ende Oktober 1917. Abgeschlossene Versicherungen 218 769; davon Kapitalversicherungen 149 018 mit 32 400 363 M. Versicherungssumme 67 989 Spar- und 1762 Risikoversicherungen. Durch die Risikoversicherung sind 537 714 M. versichert. Am 31. Dezember 1916 bestanden 191 736 Versicherungen mit 28 468 029 M. Versicherungssumme, davon 123 715 Kapitalversicherungen mit 26 362 841 M. Versicherungssumme und 68 021 Spar- und 1714 Risikoversicherungen.

Der erste Schlichtungsausschuß für Angestellte. Der Verband der Büroangestellten hat unter Ueberwindung heftiger Schwierigkeiten mit dem Berliner Anwaltsverein die Einsetzung eines freiwilligen Schlichtungsausschusses vereinbart, der unter Mitwirkung der beiderseitigen Organisationen auftretende Streitigkeiten schlichtet, insbesondere Klagen über Gehälter, Arbeitszeit, Behandlung, Nichtwiedereinstellung zurückkehrender Kriegsteilnehmer, Einstellung von Kriegsbeschädigten usw. entscheiden und allgemeine Grundsätze für diese Fragen aufstellen soll. Zum unparteiischen Vorsitzenden wurde Magistratsrat von Schulz-Berlin einstimmig gewählt. Der hier geschaffene Schlichtungsausschuß ist der erste, der von Angestellten in privaten Betrieben durchgesetzt haben.

I. K. In Göteborg (Schweden) haben sich die Telephonistinnen zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, die sofort 4000 Mitglieder zählte. — Die Pelznäherinnen in Stockholm haben ebenso eine Gewerkschaft gegründet.

Das Neugeschäft der Volksfürsorge brachte in dem abgelaufenen Monat November, dem 40. Monat seit Beginn des Krieges, das beste Resultat seit Kriegsbeginn. Es wurden im ganzen 4277 neue Anträge eingebracht. Bei den 3969 Anträgen für Kapitalversicherungen beträgt die versicherte Summe 1 031 973 M.; für Spar- und Risikoversicherungen wurden 308 neue Anträge gestellt. In den 11 Monaten des Jahres 1917 waren 34 633 neue Anträge zu bearbeiten, gegen 21 414 im gleichen Zeitraume 1916 und 9621 im Jahre 1915.

Die erzielte Steigerung des Neugeschäfts der Volksfürsorge zeigt, daß auch in der Arbeiterschaft der Wert und die Notwendigkeit des Abschlusses von Versicherungen immer mehr erkannt wird und daß die Funktionäre der Volksfürsorge überall dort besonderen Erfolg haben, wo die Gewerkschaften und Genossenschaften ihr Interesse für die Entwicklung der von ihnen gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft betätigen.

Kollegen!

Kolleginnen!

Eure einzige Stütze in dieser schweren Zeit ist Euer Verband. Den Verband zu stärken, ist Euer erste Pflicht. Werbt unablässig neue Mitglieder für den Verband.